

des Turnvereins Calw.
den 25. Sept. 1921,
ng in Hirsau
den
okal- und
ort-Fest
stahlet. Nebungen
öner unserer Sache
ein.
morgens 8 Uhr.
ung mit nachfolgender
im Saale des
"Vob. Hofes".
Der Spielanschub

Oberamt
Renenbügg
berbittanzeige
Die Weinlese
nt hier am
7. ds. Mts.
ig gesund und gut ausge
genügs zu erwarten ist.
September 1921.
Schultheißenamt

Rot-Wein
Qualität,
igst
und, handlung,
t, Fernspr. 47.

stansatz
trocken
Jahrzehnten bewährte
guten
strunk. =
en will, verlange ausdrück
— Ueberall zu haben
abrik Zapf
(Baden).

u höchsten Preisen
eps = Saat
en Posten.
ch Neys, Mohr,
h und Hanf zum
garantiert aller
bester Qualität
fter Berechnung
agold, Hauptblj-
el Fernsprecher Nr. 101
Reichert & Cie.

Agelsloch.
Unterzeichneter verhand
ne schwere
Mug- und Fahr
Jakob Burkhardt
Nach berichtet
das Calwer
Tagblatt über
alle wissen-
werten Vor-
kommnisse!



Der Reichskanzler zur politischen Lage.

Berlin, 24. Sept. Reichskanzler Dr. Wirth hat dem Sonderberichterstatter des „Zeit Parisien“, Philipp Millet, ein Interview gewährt, in dem er u. a. sagte, man müsse in Frankreich die Anstrengungen in Betracht ziehen, die die deutsche Regierung mache und die Schwierigkeiten, denen sie begegnet. Das Programm seiner Regierung bleibe, was es vor drei Monaten gewesen sei, als er die Regierung übernommen habe. Die Regierung wolle die Verpflichtungen Deutschlands, namentlich was die Reparationen betreffe, bis zur Grenze der Kraft ausführen. In drei Monaten sei es gelungen, die vollkommene Entwaffnung durchzuführen, was in gewissen Teilen des Reiches nicht so leicht gewesen sei, wie man denke. Wir haben, so fuhr der Reichskanzler fort, 1 Milliarde Goldmark bezahlt und haben außerdem bedeutende Summen für Requisitionen angestammelt. Das sei das weentliche für die Vergangenheit. Was die Zukunft anbelange, so werde der Reichstag sich Steuergesetzen gegenüber befinden, die schwere Lasten für den Volk bedeuten. Es sei ein Irrtum zu glauben, daß die Regierung daran denke, die direkten Steuern aufzuheben, und die bestehenden Klassen zu schonen, jedoch sei man auch genötigt, die indirekten Steuern zu erhöhen, damit Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen könne. Der Reichskanzler sprach auch noch von den außerordentlichen Abgaben vom Vermögen. Das alles um das nötige Geld für die Reparationen zu beschaffen. Er erwähnte die Verhandlungen mit Vertretern der Bank- und Industrie, die er führe und sagte schließlich, diese Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen, da die Meinung über die Mittel, die man anwenden wolle, auseinander gingen. Sowohl die Industriellen wie die Banken hätten sich bereit erklärt, die ins Auge gefaßten Ausgaben unverzüglich zu leisten. Man habe gesagt, daß man die Regierung an die deutsche Volkspartei abtreten wolle. Das sei eine falsche Interpretation der wahren Absichten. Eine Beteiligung der Volkspartei an der Regierung sei aber wahrscheinlich und wünschenswert. Man wolle einfach die Koalition, die die Regierung augenblicklich stütze, erweitern, um eine solidere und breitere Basis zu bekommen. Aber es handele sich nicht um ein Manöver gegen die Republik. Im Gegenteil, das Ziel der Regierung sei, die demokratischen Einrichtungen in Deutschland festeren Fuß fassen zu lassen. Zu diesem Zweck brauche man eine feste Regierung, die hinter sich die Arbeiter ebensoviel habe wie die besitzenden Klassen, die die deutsche Volkspartei repräsentieren.

Zur innerpolitischen Lage.

Einigung zwischen Berlin und München?
Berlin, 24. Sept. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der bayerischen Regierung und dem Reichskabinett sind nach einer Meldung der Frankf. Ztg., da auf beiden Seiten der Wille zur Einigung vorhanden war, schon heute zu Ende gekommen, und der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld konnte mit den anderen Vertretern der bayerischen Regierung Berlin bereits wieder verlassen; die letzteren reisen nach München, während Graf Lerchenfeld selber sich nach Ludwigshafen begibt, um an der Trauerfeier für die Opfer von Oppau teilzunehmen. Die Berliner Verhandlungen umfaßten außer einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten mehrere Sitzungen mit dem Reichskanzler und den Ministern Schiffer und Gradnauer. Nachdem eine Grundlage für die Einigung gefunden worden war, wurde sie nachmittags um 5 Uhr dem gesamten Reichskabinett unterbreitet und von diesem genehmigt. Sobald, wie zu hoffen ist, der bayerische Landtag seinem Ministerium die Zustimmung erteilt hat, wird der Konflikt also wohl beigelegt sein. Man beachtete hier, zunächst nur eine kurze Erklärung über die Laizache des gewonnenen Einverständnisses zu veröffentlichen, während die näheren Einzelheiten vom Reichskanzler am 28. September in einer Reichstagsrede mitgeteilt werden sollen.

Berlin, 25. Sept. Nach den Besprechungen des Grafen Lerchenfeld (so erfahren die „Forsch. N. N.“ aus Berlin) im bayerischen Gesandtschaftsgebäude, fuhr der neue Ministerpräsident gegen 11 Uhr in Begleitung des bayerischen Gesandten zum Reichspräsidenten, um sich diesem vorzustellen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die noch unerledigten Fragen im Reich und Bayern berührt und die künftigen Beziehungen beider Kabinette besprochen. Im Anschluß an die Vorstellung beim Reichspräsidenten suchte Graf Lerchenfeld Reichskanzler Dr. Wirth auf. Im Verlauf dieser Verhandlung wurden die Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern im entgegenkommenden Sinne erörtert. Die Beteiligten waren sich darüber einig, daß die jetzt bestehende Mißstimmung zwischen Berlin und München im Interesse der innen- und außenpolitischen Gesamt-

lage und im Interesse des inneren Friedens so schnell wie möglich beseitigt werden müßte. Um 12 Uhr hatte die Reichsregierung eine Kabinettsitzung über diese Fragen abberaumt. Der Beginn der Beratung mußte jedoch um beinahe eine Stunde verschoben werden, da die Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem bayerischen Ministerpräsidenten noch andauerte. Um die für die Kabinettsitzung festgesetzte Stunde erschien die Mehrzahl der übrigen Mitglieder der Reichsregierung; auch der für die Zeitungsverbote und für den Erlaß des Reichspräsidenten zuständige Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer war anwesend. Die Reichsregierung gab bei diesen Besprechungen ihren bisherigen Standpunkt erneut zum Ausdruck. Dieser geht bekanntlich dahin, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsminister des Innern und einer Landesregierung in Verboten von Zeitungen eine Reichsinstanz, etwa der Reichswirtschaftsrat, das Amt eines Schiedsrichters übernehmen solle. Es besteht in maßgebenden Kreisen die feste Hoffnung, daß die Streitfrage zwischen dem Reich und Bayern nunmehr in kurzer Zeit beseitigt sein solle.

Die bayerische Mittelpartei und die Koalition.
Berlin, 25. Sept. Die bayerische Mittelpartei hat ihren Eintritt in die Regierung von der Beantwortung von fünf Fragen abhängig gemacht. Diese Fragen lauten: 1. Ist der Ministerpräsident bereit, eine Erklärung abzugeben, daß er keinerlei weitere Zugeständnisse Berlin gegenüber machen wird, als im Beschluß des ständigen Ausschusses enthalten sind. 2. Ist der Ministerpräsident bereit, den Ausnahmezustand in Bayern aufrechtzuerhalten, wobei die Möglichkeit eines allmählichen Abbaus offenzubehalten wäre. 3. Will der Ministerpräsident die Entscheidung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes Bayern vorbehalten? 4. Will der Ministerpräsident die bisherige Handhabung der Polizeiverwaltung im Sinne Kahrs fortführen? 5. Verpflichtet sich der Ministerpräsident, die Frage der Selbständigkeit im Sinne Kahrs fortzuführen?

Runtius Pacelli über die Verhältnisse in Bayern.
Paris, 25. Sept. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ hatte in München eine Unterredung mit dem Runtius Pacelli, der ihm erklärte, man könne sich nicht wundern, daß die bayerische Regierung um die Aufrechterhaltung der Ordnung besorgt sei. Er sei einer der wenigen nichtdeutschen Augenzeugen des bolschewistischen Regimes in München gewesen. Russen hätten an der Spitze der Regierung gestanden. Jeder Gedanke an Recht, Freiheit und Demokratie sei beseitigt worden. Die bayerische Bevölkerung sei zum größten Teil passivistisch und wünsche nur Ruhe und Ordnung. Keine ernste Persönlichkeit — selbst unter den überzeugtesten Monarchisten — wolle augenblicklich die Wiederherstellung der Monarchie.

Eine Zentrumsstimme zur Frage der Verbreitung der Regierung.

Essen, 24. Sept. In der Westdeutschen Zentrumsstimme nimmt der Geschäftsführer Bredemann, eine führende Persönlichkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Stellung zu der auf Verbreitung der Regierungskoalition gerichteten Entwicklung der letzten Tage. Er betrachtet die Dinge unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen und der Person des in den letzten Monaten von der Linkspresse stark angefeindeten Ministerpräsidenten Stegerwald. Zusammenfassend muß, so heißt es, im Hinblick auf die Vorgänge der jüngsten Zeit festgestellt werden, daß selten die Geschichte die Valtung eines klar voraussehenden, über die Tagesmeinung sich erhebenden Politikers so schnell und so restlos gerechtfertigt hat, wie die des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald. Denn im Grunde hat er nichts anderes gewollt, als das, was in den letzten Tagen gereift ist und jetzt Wirklichkeit werden will. Sein unverrückbares Ziel war die ausgiebigere Zusammenfassung der Kräfte von links und rechts aus dem einfachsten Gebot der Staatsnotwendigkeit heraus. Dem Leitgedanken, dem er in seiner bekannten programmatischen Rede auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften so klar gezeichnet hat, ist er keinen Augenblick untreu geworden. Der Artikel wendet sich weiter in scharfer Weise gegen die erwähnten Angriffe, wobei besonders die linksstehende Presse angezogen wird. Am Schluß heißt es, daß durch die gefälschtere Entwicklung das Vertrauen der hinter Stegerwald stehenden Millionenbewegung einen neuen starken Antrieb erhalten werde.

Reichskanzler Wirth der einzige „populäre“ bürgerliche Politiker.

Görlitz, 24. Sept. In der heutigen Schlußsitzung des sozialdemokratischen Parteitagcs erklärte der Abgeordnete Wels in seinem Schlußworte u. a., er mache kein Hehl daraus, daß der Reichskanzler Dr. Wirth für die sozialdemokratische Arbeiterschaft und über unsere Kreise hinaus den linksstehenden Par-

teien heute der einzige populäre bürgerliche Politiker ist, den es in Deutschland gibt. Die sozialistischen Parteien werden ihm nicht vergessen, daß er als bürgerlicher Kanzler den Kampf gegen die Reaktion aufgenommen und das mutige Wort ausgesprochen hat, daß er im Kampf für die Republik auf der Seite der Arbeiter stehen werde. (Lebhafte Beifall.) Wer glaubt, daß unsere Partei Handlangerdienste leisten werde, um den Kanzler um der historischen Ziele der Partei willen zu beseitigen, hat die Rechnung ohne die sozialdemokratische Partei gemacht. Wels betonte dann nochmals die Notwendigkeit der Einigung aller Arbeiter. — Die Wahl des Orts des nächsten Parteitagcs wurde dem Parteivorstand überlassen.

Das Explosionsunglück in Oppau.

Die Zahl der Opfer.
Ludwigshafen, 24. Sept. Nach den bisher durch das Ludwigshafener Bürgermeisteramt veröffentlichten Listen sind 233 Tote gemeldet, die mit Namen einwandfrei festgestellt sind und außerdem 75 Tote, die unerkannt dem Friedhof übergeben wurden. Von den Angehörigen sind bis gestern abend 69 Personen als vermißt gemeldet worden. In die Krankenhäuser der Pfalz, in Mannheim, Heidelberg usw. sind 519 Verwundete aufgenommen worden.

Mannheim, 24. Sept. In dem Orte Oppau trat gestern das Gericht auf, daß sich unter den Trümmern noch Lebende befinden. Man wollte sogar wissen, daß Klopfschellen zu hören seien. Ferner wurde gesagt, daß den Eingeschlossenen durch Köhren Sauerstoff und Nahrungsmittel zugeführt werden. Da die Gerüchte sich mit großer Hartnäckigkeit behaupteten, sah die Mannheimer Feuerwehr vor ihrem Abrücken sich genötigt, den Gerüchten nachzugehen. Dabei stellte sich, wie die „Neue Badische Landeszeitung“ zu melden weiß, einwandfrei heraus, daß im ganzen Dorfe Oppau keinesfalls Ueberlebende sich unter den Trümmern befinden. Eine solche Möglichkeit in den Fabrikanlagen selbst, wird von der Leitung der Fabrik auf das Bestimmteste in Abrede gestellt. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt auch heute noch 75. Die Zahl der von Angehörigen als vermißt gemeldeten Personen ist von 69 auf 90 gestiegen.

Der Reichspräsident und die süddeutschen Staatspräsidenten in Oppau.

München, 26. Sept. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich aus Ludwigshafen, daß gestern nachmittag der Reichspräsident und der bayerische Ministerpräsident in Begleitung des badischen und des württembergischen Ministerpräsidenten, des bayerischen Handelsministers Hamn, sowie einer Anzahl Staatsvertreter unter Führung der Direktion der Badischen Kailin- und Sodafabrik die Unglücksstätte in Oppau eingehend besichtigten, wobei sie im Werk eine Abordnung des Angestellten- und Arbeiterrats empfingen, den sie der weitestgehenden Hilfe von Reich, Staat und Gemeinden versicherten. Durch die persönliche Besichtigung an Ort und Stelle fanden die Herren die bisherigen Schilderungen über den Umfang der Zerstörung und die Not der Bevölkerung und der Arbeiterschaft, sowie von Gemeinde und Werk mehr als bestätigt. Später besuchten der Reichspräsident und der bayerische Ministerpräsident die Verwundeten in den verschiedenen Krankenhäusern in Ludwigshafen und Mannheim.

Beileid.

Berlin, 24. Sept. Außer den hier anwesenden Chefs der auswärtigen Vertretungen hat auch der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission, General Nollet, dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt das Beileid zu der Katastrophe in Oppau ausgesprochen.

Die Beisehung der Opfer. — Eine Ansprache Eberts.

Mannheim, 25. Sept. Bei der heutigen Beisehungsfeier der Opfer der Katastrophe in Oppau hielt Reichspräsident Ebert eine Rede, in der er auf die tiefe Erschütterung hinwies, die das ganze deutsche Volk aus Anlaß der furchtbaren Katastrophe, wie sie die Geschichte der deutschen Industrie bisher noch nicht zu verzeichnen gehabt habe, ergriffen hat. Der Reichspräsident gab dann seinem Schmerz für die Toten und die bei dem Unglück verletzten Männer und Frauen Ausdruck und versicherte die Hinterbliebenen, die Verwundeten und die Geschädigten der innigsten Anteilnahme der Reichsregierung und des gesamten deutschen Volkes. Auch über die Grenzen des Reichs hinaus habe das Unglück Widerhall und Teilnahme erweckt und aus allen Teilen der Welt seien Beileidskundgebungen und Zeichen hilfsbereiter Teilnahme eingelaufen. Gleich nach dem Unglück habe sich überall menschenfreundliche Hilfe gezeigt und eine Hilfsaktion größten Umfangs habe begonnen, sobald man hoffen dürfe, den so schwer vom Unglück Betroffenen die Sorge ums tägliche Leben abnehmen zu können. Der Reichspräsident wies weiter auf die Zerstörungen hin, die unbekante Kräfte hier angerichtet hätten, und betonte, daß diese den Entschluß nicht lähmen

Sünden, das Geförde wieder aufzubauen. Und wie hier, so schick der Reichspräsident, so wollen wir auch im ganzen Volk, im ganzen Deutschen Reich fortarbeiten, mit festem Willen und in äußerster Arbeit aller Produktionskräfte, unser Wirtschaftsleben wieder aufzubauen, und trotz der harten Schicksalschläge, die uns wie kaum ein Volk in der Weltgeschichte getroffen haben, schaffensfreudig und eine bessere Zukunft zu erarbeiten.

Mannheim, 25. Sept. Unter Beteiligung großer Bevölke rungs massen, etwa 70 000 Menschen aus Ludwigshafen, Mannheim und der Pfalz, und in Gegenwart des Reichspräsidenten, des bayeri schen Ministerpräsidenten, des bairischen Staatspräsidenten, des Prä sidenten des bayerischen Landtags, sowie von Vertretern zahlreicher Behörden und Organisationen wurde heute auf dem Ludwigshafener Friedhof die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe gehalten. Die französischen Militärbehörden waren durch den Ge neral Mehl als Beauftragter der internationalen Rheinlandskom mission, und General Danguette als Beauftragter des Militär befehls habers General Degoutte vertreten, die beide vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier in ihren an den Reichspräsidenten und den bayerischen Ministerpräsidenten gerichteten Ansprachen in wa rmen Worten ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten und Kränze niederlegten. Der Reichspräsident erwiderte mit Worten des Dan kes. Es berühre wohlwiegend, daß am Grabe der Opfer dieser Kata strophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinweg setze. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident. Bei der Trauerfeier hielten sodann Vertreter des Fabrikarbeiterver bandes, der Arbeiterchaft und der Direktion des Werkes, der bairi sche Staatspräsident, der Präsident des bayerischen Landtags, der Regierungspräsident der Pfalz und der Oberbürgermeister von Mannheim Ansprachen. Die von Musik und Gesang eingeleitete und geschlossene Feier verlief würdig und eindrucksvoll.

Das Hilfswerk.

Berlin, 23. Sept. Oberbürgermeister Böß hat im Namen des Deutschen Städtetages und der Reichshauptstadt in einem Telegramm an den Gemeindevorstand in Oppau aus Anlaß des schweren Un glücks herzliches Beileid ausgesprochen und zugleich mitgeteilt, daß der Berliner Magistrat die Bewilligung von 100 000 Mark bei der Stadtverordnetenversammlung zur Linderung der Not beantragt hat.

Berlin, 24. Sept. Unter Beteiligung der Reichsbehörden, des bayerischen Handelsministers, des bairischen Arbeitsministers und anderer behördlicher Vertreter, sowie der Spitzenorganisationen von Handel und Industrie und der Arbeitnehmer, ferner der führenden karitativen Organisationen und der Vertretungen der Presse fand heute morgen im Reichsarbeitsministerium die Gründung des Reichs-Hilfswarstauschusses für Oppau statt. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der erst heute morgen von der Unglücksstätte zurückge kehrt ist, machte eingehende Mitteilungen über die Wirkungen des Unglücks. Von sämtlichen Anwesenden wurde unter Zustimmung der bayerischen und der bairischen Behörden einhellig die Gründung des Reichshilfswarstauschusses beschlossen, vor allem auch unter dem Ge sichtspunkt der Einheitlichkeit des Hilfswerks. Der Reichs-Hilfswarstauschuss, dessen Geschäftsführung einem kleineren Arbeitsauschuss übertragen ist, wird alsbald einen Aufruf für die Opfer von Oppau ertlassen. Die Geschäftsführung des Ausschusses liegt beim Reichs arbeitsministerium Berlin NW., Scharnhorststraße 35. Spenden werden schon jetzt auf die Postkonten Berlin Nr. 11 700, Frank furt a. M. Nr. 55 000 und Ludwigshafen Nr. 15 000 entgegen genommen. Die Eröffnung weiterer Annahmestellen steht bevor.

Berlin, 24. Sept. Das Central Relief Komitee in Newyork hat dem Deutschen Roten Kreuz für die Opfer der Oppauer Kata strophe 500 Kisten mit Milch und Lebensmitteln im Werte von einer Million Mark, ferner 500 000 M. in bar für die Pflege der Verletzten und die Nothilfe durch Funkpruch überwiesen mit dem Auftrag, die Spende gemeinsam mit dem Bürgermeister von Lud wigschaften zu verteilen. Das Deutsche Rote Kreuz hat namens der Notleidenden für die großartige brüderliche Hilfeleistung gedankt, die unter dem ersten Eindruck der Katastrophe von unseren ameri canischen Freunden gendmet wurde. Uebrigens hat das Deutsche Rote Kreuz bereits am Tage nach dem Unglück durch eine nach Oppau entsandte Vertretung seine Hilfe zur Verfügung gestellt, eine Anzahl Dörrercher Baracken für die Unterbringung von Obdachlosen abge sendet und die Lieferung von Kleidern, Wäsche und Schuhwerk angeboten.

Die Tagung des Völkerbunds.

Bericht aus den Kommissionen und Ausschüssen. Genf, 23. Sept. Die 1. Kommission des Völkerbunds (Rechts und Verfassungsfragen) schloß heute ihre Aussprache über Artikel 26 des Statuts, d. h. das Abstimmungsverfahren und das Inkrafttreten bei Paktsänderungen. — Die 2. Kommission (technische Organisation) nahm den Bericht der provisorischen Wirtschafts- und Finanzkommission entgegen, der sich vor allem mit der finanziellen Wiederaufbauung Österreichs befaßt. Die mutmaßlichen Ausgaben dieser Kom mission im Jahre 1922 werden auf 1 574 000 Franken geschätzt. Der Berichterstatter, Abot-Schweiz, teilte mit, daß die Ausdehnung der Kreditaktion auch auf andere Länder als Österreich erwogen werde. In der Aussprache wurden die Valutafra ge und das problematische internationale Handelsabkommen behandelt. — Die 4. Kommission (Haushalt und innere Organisation) lehnte heute einen Antrag ab, der bei der Aufstellung der Beiträge der Völkerbundsmitglieder die Berücksichtigung der Valuta verlangt. — Bei der Besprechung der Berichte der gemischten temporären Kommission über die Abrüstungs beschränkung schlug Lord Robert Cecil (Südafrika) heute die Ein berufung einer Konferenz über die private Waffenfabrikation vor. Er beantragte die Konferenz im Juni des nächsten Jahres abzu halten. Reginald-Frankreich und Fisher-England erklärten die Fest legung des Datums für unmöglich, solange nicht das Ergebnis der Washingtoner Konferenz vorliege. Lord Robert Cecil belämpfte lebhaft eine Auffassung, die eine Völkerbundskonferenz von der Pa lung der Vereinigten Staaten abhängig macht. Sein Antrag wurde jedoch abgelehnt. Dafür wurde ein Vermittlungsantrag von Schan zler-Italien angenommen, der den Rat auffordert, alle Völkerbunds mitglieder — und auch die an der Frage interessierten Nichtmit glieder — zu einer internationalen Konferenz über die private Waf-

fen- und Munitionsfabrikation und den Waffen- und Munitions handel einzuladen. Das Datum der Konferenz soll, sobald wie mög lich vom Völkerbundrat festgesetzt werden und zwar möglichst auf der nächsten Völkerbundstagung. — Der jugoslawische Delegierte Spokajewitsch teilte dem Völkerbund in Beantwortung einer Anfrage Lord Robert Cecil mit, daß direkte Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Österreich über die Auslegung des Artikels 247 des Friedensvertrags von St. Germain in der nächsten Woche in Wien beginnen werden. Belanulich hatte Österreich den Zwischenfall vor den Völkerbund gebracht. Es handelt sich dabei um den österrö chischen Protest gegen das Vorgehen Jugoslawiens, das entgegen dem Artikel 267 die Liquidation österrö chischer Privatbesitzes in den früher österrö chisch-ungarischen Gebieten Jugoslawiens vornahm. wolle für den Fall, daß diese österrö chischen Schulden nicht in ser bischer Währung bezahlt würden. Der Völkerbundrat hat im Juni die Angelegenheit verlag, um direkte Verhandlungen zwischen beiden Regierungen abzuwarten.

Genf, 23. Sept. Die 4. Kommission (Haushalt und innere Organisation) des Völkerbunds beriet gestern über den Bericht einer von der letztjährigen Versammlung eingeleiteten Kommiss ion, die einen neuen Verteilungsmodus für die Völkerbunds ausgaben auszuarbeiten hatte. Danach soll die Verteilung der Anfoften auf die einzelnen Staaten mit Hilfe eines Index vor sich gehen, der die Bevölkerungszahl am 31. 12. 19 mit dem Einkommen des Jahres 1913 kombiniert. Die 4. Kommission betraute eine Unterkommission mit der Prüfung der sich daraus ergebenden juristischen Fragen.

Die 5. Kommission (humanitäre Fragen) erledigte mit ge ringen Abänderungen den Bericht von Fräulein Bacarescu-Ru mänien über die Deportation rumänischer Frauen in der Tür kei. Ferraris-Portugal wurde zum Berichterstatter über die Frage des Opiumhandels für die Berlaumlung ernannt.

Die 6. Kommission (politische Angelegenheiten) nahm nach längerer Debatte zur Vermittlung an die Versammlung fol genden Antrag von Doherty an: Die Völkerbundversammlung wünscht, daß der Völkerbundrat die alliierten und assoziierten Hauptmächte darauf aufmerksam macht, daß in kurzer Zeit die die rechtliche Stellung Ostasiens geregelt werden möge. — Die albanische Frage soll in der Montagssitzung der Kommission behandelt werden.

Zur auswärtigen Lage.

Reparationskommission und Wiesbadener Abkommen.

Paris, 23. Sept. Wie der „Intransigent“ meldet, wird sich die Reparationskommission erst im Laufe der nächsten Woche mit dem Studium des Wiesbadener Abkommens beschäftigen. Es sei unrichtig, so fügt das Blatt hinzu, zu behaupten, daß das Abkommen schon am 1. Oktober in Kraft treten werde. — Die „Information“ glaubt ihrerseits behaupten zu können, und zwar auf Grund von Meldungen von Berlin, das Abkommen werde erst am 15. Januar gültig. Bis dahin werde die deutsche Regierung Frankreich für 500 Millionen Goldmark Waren liefern. — Ann. des W.L.W.: Wie wir von zu samhöriger Seite hören, ist von einer Verlegung des Termins des Inkrafttretens des Wiesbadener Abkommens in Berlin nichts bekannt.

Vor der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

London, 23. Sept. Reuter vernimmt, daß die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bezüglich des Termins, an dem die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden sollen noch andauern. Einige Mißverständnisse habe die deutsche Regierung schon aufgeklärt. Obwohl noch einige technische Einwände der Regelung entgegenstünden, bestehe kein Zweifel, daß bald ein Weg gefunden werden würde, um die Entscheidung des Obersten Rats vom letzten Monat durchzuführen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen durch Bür geschäften gegen eine unterschiedliche Behandlung der Untertanen der Alliierten ersetzt werden soll.

Berlin, 24. Sept. Die Verhandlungen zwischen der Reichs regierung und den alliierten Mächten über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen berechnen, wie die „Frankf. Ztg.“ er fährt, zu der Hoffnung, daß die Sanktionen in kürzester Zeit auf gehoben werden. Die Annäherung zwischen dem französi schen und dem englischen Standpunkt dürfte so weit fortgeschritten sein, daß der Geschäftskreis der einzuführenden Kontrollkommission für Deutschland annehmbar wäre; die Verhandlungen sind indessen noch nicht abgeschlossen.

London, 24. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: London, Paris und Rom scheinen endlich ein vorläufiges Uebereinkommen in der Frage der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein erzielt zu haben. Dieses Uebereinkommen wird die Gestalt einer Mitteilung an die deutsche Regierung tragen, daß sie die von den Alliierten eingesetzte Sonderkommission zur Überwachung der deutschen Ein- und Ausfuhr annehmen müßte. Alle etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten bezüglich der genauen Aufgabe dieser Kommission sollen demnach zwischen den Alliierten selbst geregelt werden. Kom lege den vor kurzem gefaßten Beschluß, eine besondere Überwachungs kommission einzusetzen, in genau dem gleichen Sinne aus wie Lon don, nämlich als Maßnahme zur Durchführung der Arti kel 264 bis 267 des Versailler Vertrags. Die italienischen Staats männer seien ebenso wie die britischen für eine baldige Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und gegen die künstlichen wirtschaft lichen Schranken zwischen einzelnen Teilen Deutschlands. Die ita lienische Regierung habe auch vorgeschlagen, daß der Ausschuss nicht der Rheinlandskommission unterstellt werden soll und daß ihr Personal, was die Zahl betrifft, gering sein soll, damit die Kosten dieser Kommission auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Anzulässliche Bewertung der ausgelieferten deutschen Schiffe.

Paris, 23. Sept. Die Reparationskommission veröffentlicht eine Note, der zufolge der Wert der von Deutschland in Aus fuhrung des Artikels 3 des Teiles 8 des Friedensvertrags aus gelieferten Schiffe auf 745 Millionen Goldmark festgesetzt wor-

den ist. Von dieser Zahl sind gewisse Anfoften für Reparaturen, Miete und Ueberführung abzuziehen. Die hiernach sich ergebende Summe wird Deutschland angeschrieben werden. In der Gesamtzahl sind lebendig die vor dem 1. Mai 1920 ausgelieferten Schiffe einbezogen. Der Bruttotonnengehalt der Schiffe be trägt insgesamt 2 153 407 Tonnen.

Genehmigung der Friedensverträge durch den amerikanischen Senatsauschuss.

Washington, 24. Sept. (Reuter.) Blättermeldungen aus Washington zufolge, hat der Senatsauschuss für auswärtige An gelegenheiten sich über die Verträge mit Deutschland, Oester reich und Ungarn in empfehlendem Sinne ausgesprochen. Sen ator Borah ist das einzige Mitglied des Ausschusses, das gegen die Verträge gestimmt hat. Von Regierungsseite ist die Entsch lung abgegeben worden, daß die amerikanischen Truppen am Deutschland zurückgezogen werden würden, sobald der Austausch der Ratifikationen mit Deutschland erfolgt sei.

Washington, 23. Sept. Reuter. Nach der Sitzung des Senatsauschusses für Auswärtige Angelegenheiten staltete Borah dem Staatssekretär Hughes einen Besuch ab und gab ihm die Versicherung, daß die Verträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn angenommen werden würden.

Abrüstungskonferenz ober Konferenz über den fernen Osten?

London, 23. Sept. Wie Reuter hört, ist nach Washington die Anfrage gerichtet worden, ob die Regierung der Ver. Staaten an ihrer ursprünglichen Auffassung festhalte, daß die Konferenz über den fernen Osten der Konferenz über die Abrüstung vorangehe oder ob, wie aus Andeutungen hervorzugehen scheint, die Abrüstungskonferenz zuerst abgehalten werden soll. Die Frage werde geklärt werden bevor die Anordnungen über den Verfahren getroffen würden. Es sei klar, daß die Frage der Abrüstung im fernen Osten notwendigerweise zusammenhängend mit einer Verständigung über die Politik, insbesondere über See- und Flottenfragen.

Entgegenkommen Amerikas in der Japanfrage?

Paris, 23. Sept. Einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Tokio zufolge, soll Japan beschloffen haben, die Frage der Nis jengleichheit in Washington nicht zur Sprache zu bringen, da die Ver. Staaten mitgeteilt hätten, daß sie das Morris-Schiffbau Abkommen über die japanische Einwanderung annehmen würden.

Die irische Frage.

London, 23. Sept. „Daily Express“ meldet, daß der Entwurf einer Antwort Lloyd Georges auf das letzte Schreiben Devalas, die das letzte Wort der britischen Regierung darstelle, allen Mit gliedern des Kabinetts zur Billigung überhandt wurde. Die Antwort erkläre in nicht missverständlicher Weise, daß eine Konferenz mit den Vertretern der Sinn-Freier nicht stattfinden könne, wenn der Anspruch auf ihre Souveränität nicht endgültig aufgegeben werde.

Die polnische Gefahr für Danzig.

Berlin, 22. Sept. Bei einem kürzlichen Besuch in Danzig schickte Journalisten in Danzig sollte, nach Pressemeldungen, der polnische diplomatische Vertreter Danzigs, Generalkommissar Placinski, ihnen erklärt haben, daß im Augenblick zwar Dan zig noch Ausland für Polen sei, daß dies aber anders werden und Polen ausgehoben werde. Die Danziger Regierung er suchte daraufhin den polnischen Generalkommissar in einer Note um nähere Aufklärung über die Angriffe, die er durch seine Worte auf die Selbstständigkeit der Freien Stadt verübt habe. Der polnische Generalkommissar hat in seiner Antwortnote die geltenden Vorwürfe in Abrede gestellt und die polnischen Do gane, die seine angeblichen Aeußerungen weitergegeben habe, nicht anerkannt.

Ausland.

Beendigung des Eisenbahnstreiks in Wien.

Wien, 22. Sept. Die Arbeiterzeitung veröffentlicht heute einen Aufruf der Zentralleitung der Eisenbahnergewerkschaft, in dem es heißt: Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Organisation wurden mit vollem Erfolg beendet. Wir fordern daher alle Eisenbahner auf, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet, beschloß gestern eine Versammlung der Telegraphen- und Telephonangestellten, wegen der Auszahlung von 4500 Kronen bis zum Freitag ein beschriftetes Ultimatum an die Regierung zu richten.

Wien, 22. Sept. Zwischen der Regierung und den Eisen bahnanstellten besteht nach den nunmehr abgeschlossenen Ver handlungen keine Streitfrage mehr. Die Eisenbahnangestellten sind seit heute früh in vollem Betrieb, jedoch können die bereit gestellten Züge nicht abgelassen werden, da unverantwortliche Elemente die Arbeitswilligen terrorisieren. Aus den gleichen Elementen bestehende Gruppen demonstrieren heute vormittag vor der Redaktion der „Arbeiterzeitung“.

Weitere börsenfeindliche Rundgebungen in Wien.

Wien, 23. Sept. Gestern mittag fanden wieder Rundgebu ngen gegen die Börse statt, an denen meist Frontkämpfer teilnahm en. Die Demonstranten versuchten, in die Börse einzudrin gen, wurden jedoch durch das energische Eingreifen der Polizei daran verhindert, die etwa 40 Verhaftungen vornahm. Gegen 2 Uhr trat wieder Ruhe ein.

Eine konstituierende Versammlung der Volkshewissen?

London, 21. Sept. Reuter meldet aus Alga, daß Berichten aus einflussreichen kommunistischen Kreisen zufolge die russischen Volkshewissen die Einberufung einer konstituierenden Versamm lung auf Grund einer Abstimmung planen, die den Volkshewissen eine Mehrheit garantieren und die bestehende Ordnung der Dinge sanktionieren würde.

Berlin

Berlin, 24. Sept. Die Verhandlungen über die Aufnahme von Mitgliedern in die Reichshauptstadt sind in die weitere Verhandlung über die Aufnahme von Mitgliedern in die Reichshauptstadt übergegangen.

Deutsche

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin, die deutsche Regierung ist heute mit dem Reichspräsidenten in Berlin.

Deutschland.

Verlängerung des holländischen Kredits für Deutschland?

Berlin, 21. Sept. Wie der "Berliner Lokalanzeiger" erzählt, sind folgendes Verhandlungen im Gange, um eine Pinauschiebung des Fälligkeitstermins der von Holland durch Vermittlung der Reichsbank gewährten Kredite zu erreichen...

Deutsche Sühneleistung an Argentinien.

Kiel, 23. Sept. In Erfüllung eines der argentinischen Regierung gegebenen Versprechens fand heute mittag im hiesigen Hafen auf dem Linienschiff "Hannover" die feierliche Ablösung der argentinischen Flagge statt. Dieser Akt, dem eine argentinische Abordnung unter Führung des argentinischen Gesandten in Berlin, Dr. Luis L. Molina, sowie eine deutsche Kommission unter Führung des Ministerialdirektors Simon als Vertreter unter Führung des Reichsregiment beipflanzten, war gedacht als nachdrücklich ritterliche (!) Genugtuung für zwei während des Krieges durch deutsche U-Boote versenkte argentinische Dampfer...

Ein Bericht internationaler Gewerkschaftler über Oberschlesien.

Berlin, 23. Sept. Das Amsterdamer Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht in einer 25 Seiten starken Broschüre den Bericht über die im Juni dieses Jahres unternommene Studienreise der Vorstandsmitglieder Soubirg und Timmen, des Mitglieds des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kohl, und des Vertreters der polnischen Gewerkschaften, Zukawski, nach Oberschlesien. In überaus scharfer und eindeutigem Sinne betonte der Bericht die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens. Am Schluss des Berichts heißt es: Oberschlesien darf nicht länger die Ursache der Völkerverzerrung bleiben, sondern es muß ein Bindeglied zwischen den beiden Völkern werden. In diesem Bericht der Internationalen Gewerkschaftsmission bemerkt der "Vorwärts": Es gibt keinen deutschen Sozialisten, der nicht die Politik der Versöhnung, wie sie von der Gewerkschaftsdelegation vorgeschlagen wird, von ganzem Herzen wünscht und billigt. Das Gesamturteil bekräftigt aber die deutsche Auffassung, daß Oberschlesien zu Deutschland gehört. Nebenfalls aber würde die Einsetzung einer Völkerbundsverwaltung neben neuen Lasten eine Verringerung des Friedensvertrags bedeuten, die eine weitere Verzögerung der Entscheidung mit sich bringen würde. Was aber Oberschlesien und das Reich am meisten nötig haben, ist eine rasche und gerechte Entscheidung in der Frage der Staatszugehörigkeit.

Ein Erlaß des preussischen Innenministers gegen die Landfriedensbrüche.

Berlin, 24. Sept. Ein Erlaß des preussischen Ministers des Innern an den Polizeipräsidenten von Berlin, der sich mit der Bekämpfung der Landfriedensbrüche in der Umgebung von Berlin beschäftigt, wird amtlich veröffentlicht. In der Einleitung weist Minister Domineus darauf hin, daß es nach der Interpretation des Reichspräsidenten vom 29. 8. nicht zulässig sei, Versammlungen und Feste nur aus dem Grunde zu verbieten, weil sie politisch andersgerichteten Volksteilen Anlaß geben könnten, sie zu fördern. In dem Erlaß heißt es wörtlich: Diese Veranstaltungen genießen den Schutz der Besetze und die Teilnehmer haben Anspruch darauf, daß die Behörden, insbesondere die Polizei, gewalttätige Beeinträchtigungen der verfassungsmäßigen Vereins- und Versammlungsfreiheit mit allen Mitteln verhindern.

Für die Freilassung des Abgeordneten Fischer.

München, 22. Sept. Der Geschäftsordnungsausschuss des bayerischen Landtags nahm heute den Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf sofortige Haftentlassung des wegen Hochverrats zu einem Jahr drei Monaten Festung verurteilten Abgeordneten Fischer-Münchenberg mit 10 gegen 9 Stimmen an. Die Bayer. Mittelpartei schloß in der Sitzung, da sie Fraktionsfähigkeit hatte.

Todesstrafe für Schieber?

Im bayer. Landtag hat Abg. Bürgel (Bayr. Mittelpartei) mit Unterstützung von Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, bei der Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzes zu beantragen, das die Verschlebung von Lebensmitteln ins Ausland...

land, das neben Einziehung des Gesamtvermögens und Verhängung von schweren Zuchthausstrafen im Rückfalle die Todesstrafe vorseht, zu erwirken.

Neuestes aus deutschen Missionsfeldern.

In Loga hat der letzte Bremer Missionar, der Schweizer Ernst Bürgi mit seiner Frau nach 41-jährigem Dienst, darunter die letzte schwere Kriegszeit, Lome verlassen müssen, ohne, daß es gelungen wäre, die Arbeit einer anderen europäischen Zeitung zu übergeben. Und wie nötig wäre diese trotz der Nichtigkeit der eingeborenen Prediger und Lehrer! Schon jetzt haben im englischen Gebiete die Bedenken die Leitung der Schulen übernommen, sehr zu ihrem Nachteil. Im französischen Teil mußten die Schulen auf das Französische eingestellt werden. Die 5 Stationsbezirke zählten Ende v. Jhds. 6625 Christen und 1945 Schüler; die Gemeindefeststellungen betragen 55 213 Mark. Von den 5 Stationen im englischen Gebiete liegen keine Nachrichten vor! "Freiheit in Friedensjahren!"

Die Ausweisung der deutschen Missionare aus Neu-Guinea, die glücklich abgewandt zu sein schien, erfolgt nun doch! Nach einer Entscheidung des australischen Kabinetts vom 12. Mai soll die Australische Lutherische Mission, unterstützt von Lutheranern Nordamerikas eintreten. Die deutschen Missionare dürfen noch 4 Jahre bleiben und sollen dann durch geborene Australier oder Amerikaner ersetzt werden. Während dieser Zeit dürfen die Deutschen in Australien Erholung suchen und ihre Kinder zur Schule schicken. Auch einzelnen Bräuten ist die Einreise gestattet. Wie „gnädig“ — und wie traurig!

Das Christliche Waisenhaus wieder deutsch! Das ist die frohe Kunde, die von den Brüdern Theodor und D. Ludwig Schmeidler nach der feierlichen Uebergabe am 14. Juni aus Jerusalem gemeldet werden konnte. Die bisherigen Verwalter vom „Amerikanischen Hilfswerk im nahen Osten“, das 50000 Waisen versorgt, stellen bereitwillig weitere Hilfe in Aussicht, wenngleich bei der Valutalage die Last schwer ist. Auch die englische Behörde machte annehmbare Bedingungen. So ist die erste der vielen in der Welt beschlagnahmten deutschen Missionsanstalten zurückgegeben worden. Ist dieses Ereignis nicht vielleicht ein weithin sichtbares Wahrzeichen, das auch der übrigen gewaltsam unterbrochenen deutschen Mission die Nähe eines neuen Tages verkündigt? Für die deutsche Christenheit gilt dann freilich die Mahnung: „Mache dich auf!“

Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. September 1921.

Dienstnachricht.

Durch Entschließung des Herrn Staatspräsidenten ist u. a. zum Handelsrichter ernannt worden vom 1. Oktober 1921 ab auf die Dauer von 3 Jahren W a g n e r, Ludwig, in Firma Ernst Ludwig Wagner, in Erismühl bei Calw, und zwar bei der Kammer für Handelsfachen an dem Landgericht L a b i n g e n.

Das württ. Feldbereinigungswesen.

Die Ausführung der Feldbereinigung in Württemberg steht unter der Oberleitung der Württ. Zentralstelle für die Landwirtschaft mit einer besonderen Abteilung für Feldbereinigung. Neben den mit der Ausführung der Feldbereinigung betrauten Vollzugskommissionen und den für den meliorationstechnischen Teil (Wegbau, Bes- und Entwässerung) vorhandenen Kulturinspektoren (Kulturbauamtler) unterstehen dieser Abteilung die Prüfungsämter für Feldbereinigung, die mit der Leitung der geometrischen Arbeiten und der Aufteilungsbefehle beauftragt sind, ferner die 20 Vermessungsämter für Feldbereinigung, die die geometrischen Arbeiten zu besorgen haben und das vermessungstechnische Personal der Zentralstelle, das zurzeit aus 8 Vermessungsräten, 34 Oberlandmessen, 8 Landmessen und 27 Feldmessen und weiteren zahlreichen Technikern besteht. Die Feldbereinigung ist von außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung für den landwirtschaftlichen Betrieb und schafft eine billige und einfache Erneuerung der größtenteils veralteten Grundstücksvermessung und der ganzen Landesmessung. Bis zum 1. Januar 1921 wurde etwa ein Viertel (rund 160 000 Hektar) von der ganzen bereinigungsbereinsten Fläche Württembergs (rund 650 000 Hektar) in die Feldbereinigung einbezogen. Es zeigt sich dabei, daß in Landesteilen mit Kleinparszellierung nur wenig von der Feldbereinigung Gebrauch gemacht wird.

Wiederkehr der staatlichen Rettungsmedaille?

Der preussische Minister des Innern teilt in einem Erlaß mit, daß er bis zu einer etwaigen Wiedereinführung der staatlichen Rettungsmedaille, die z. Zt. erzwungen wird, das Tragen des Abzeichens der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft für Rettung eines Menschenlebens unter Lebensgefahr gestattet. Mit der Abschaffung der Orden nach der Revolution wurde auch keine Rettungsmedaille mehr von Seiten des Staates verliehen.

Bekämpfung unfittlicher Bilber.

Im Amtsblatt des Ministeriums des Innern wird auf die neuerlichste Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung unfittlicher Bilber, Schriften und Inserate in Berlin aufmerksam gemacht. Diese Stelle erteilt allen öffentlichen Behörden des Reiches Rat und Auskunft und hat das Recht Ersuchen und Anträge auf Einleitung einer Untersuchung und Beschlagnahme zu stellen. Auch bei der Polizeidirektion in München ist eine ähnliche Zentralstelle errichtet worden.

Seizungszuschlag auf die Eisenbahntickets für Winterreisende?

Im Organ des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen wird der Vorschlag gemacht, daß der Reisende im Winter zur Beheizung für die Beheizung seines Wagens herangezogen werden soll und zwar in der Weise, daß er auf den jeweiligen Fahrpreis einen Zuschlag von 10 Prozent zu zahlen hat. Mit der Verwirklichung dieses Vorschlags würde also außer der bevorstehenden Eisenbahntarifierhöhung eine neuerliche Verteuerung der Bahnfahrten eintreten, die den Reisenden aufs schwerste belasten würde. Zur Begründung wird die Haftpflicht angeführt, die der Eisenbahn für durch unterlassene Heizung erwachsenen

Schaden an Gesundheit dem reisenden Publikum gegenüber erwächst. Es ist richtig, daß die glänzende Finanzlage der Eisenbahnen vor dem Kriege die Erhebung derartiger Zuschläge unnötig machte. Aber das neue Vorgehen der Eisenbahnverwaltungen würde zu dem höchst ungerecht wirkenden Ergebnis führen, daß der Winterreisende wegen der Aufbringung der Heizkosten gegenüber dem Sommerreisenden äußerst benachteiligt wäre.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck hat etwas nachgelassen, behauptet sich aber noch. Am Dienstag und Mittwoch ist etwas neblig, aber in der Hauptsache trockenes und mildes Wetter zu erwarten.

Von der Landwirtschaftskammer.

(Sch.) Stuttgart, 23. Sept. Die nächste Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer wird am 8. und 9. November stattfinden. Voraussichtlich werden zur Beratung kommen: Die neuen Steuerpläne, die Reichslandwirtschaftskammer, Lehrlingsprüfungen und Lehrverordnungen, Futtermittel, Weineinfuhr, landwirtschaftliche Frauenschulen, Fortkammer u. a. Die Erziehung einer Landesgeflogelzuchtanstalt wird von der Landwirtschaftskammer in die Wege geleitet. Ferner soll eine Aussprache mit Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen, der Pächter und Verpächter stattfinden über einen Normalpachtpreis für landwirtschaftliche Grundstücke, da die Pachtpreismessung von den Pachtverwaltungen nicht immer in der richtigen Höhe festgesetzt werde. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer beschloß die Unterstützung der landwirtsch. Frauenschulen und der Landlichspielgesellschaft in Württemberg. Die Württ. Landwirtschaftskammer hat auf Grund von Feldbereinigung den Ortsverein Bleichstetten DA. Uraab, ferner die von Heidenhof DA. Marbach, Talheim DA. Tutzingen, Oberdorf DA. Balingen und Dieterskirch DA. Niedlingen durch Geldpreise, Anerkennungen und Diplome ausgezeichnet. Auch die Sammelstelle für Futterpflanzensorten in Mülheim DA. Sulz wurde ausgezeichnet.

Hirsau, 23. Sept. Heute wurde der resignierte Apotheker Friedrich K a t h r e u t e r unter zahlreicher Beteiligung zu Grabe getragen. Wir verlieren in ihm einen Mann, der sich in den dreizehn Jahren seines Hierseins in bürgerlicher und kirchlicher Beziehung um die Gemeinde verdient gemacht hat. Es sei nicht vergessen, daß er seinerzeit, wo es sich um die Gasversorgung Hirsaus handelte, die etwas störende Angelegenheit durch Umfrage in den Häusern wieder in Fluß brachte und so im Verein mit Gleichdenkenden dem gemeinnützigen Unternehmen zum siegreichen Durchbruch verhalf. Kein Gang war ihm zu beschwerlich, keine Treppe zu steil, wenn es sich um Erreichung eines guten Zweckes handelte. Auch als Vorstand des verstorbenen Kirchenchores, als Kassier des Kriegervereins, des Evangelischen Bannes sowie des Volksbundes zeichnete er sich durch sorgfältige Erledigung seiner Pflichten aus. Der Kirchengemeinderat hatte in ihm bei seinen Beratungen einen der regelmäßigen Teilnehmer und in der Kirchenpflege Hinterläßt der treue und pünktliche Verwalter des Ortskirchenvermögens eine schwer auszufüllende Lücke. Im geselligen Verkehr mußte dem freundlichen, anspruchslosen Manne jedes gut sein. Nach der eindrucksvollen Rede des Ortsgeistlichen (W a f f l e r) wurden von akademischen Bundesbrüdern (Direktor K a o b e l) und dem Krieger-Verein (W e s t e r m a n n) anerkennende Worte über den Entschlafenen gesprochen. Als Bezirksvorsitzender des Kriegervereins war Herr Dekan Z e l s e r anwesend. Wölkerschiffe und Fahnenstangen beschlossen die Feier. Hirsau wird dem in seinem 68ten Lebensjahre so plötzlich Dahingerafften ein dankbares und freundliches Andenken bewahren.

(Sch.) Engtal DA. Nagold, 23. Sept. Im Schindentopf wurde der seit letzten Montag vermisste, ledige Tagelöhner Karl Seyfried von Engtalsterle erschossen aufgefunden. Es liegt zweifellos Selbstmord vor, dessen Hauptbeweggrund Liebestummer gewesen sein soll.

(Sch.) Rottenburg, 23. Sept. Das Oberamt erläßt einen Aufruf an die Bauernschaft des Bezirks wegen Milchanteufung in die Städte, die derart zurückgegangen sei, daß kaum noch für kleine Kinder unter drei Jahren Milch verabreicht werden könne. Die Unterehrnahrung der Kinder nehme zu. Die vielen Opfer der Ruhr seien zum Teil darauf zurückzuführen. Dieser Zustand sei unhaltbar und hätte ohne Zweifel die Wiedereinführung der vollen Milchzangswirtschaft in kürzester Frist zur Folge. Manche Gemeinden würden zurzeit überhaupt nichts liefern. Die Mahnung des Oberamts schließt mit der Aufforderung an die Erzeuger, zu ihrem Teil zur Vinderung der Not beizutragen. Die Stadt Rottenburg sei bereit, einen erhöhten Erzeugerpreis, durchschnittlich 1,75 M für das Liter, zu bezahlen.

(Sch.) Stuttgart, 23. Sept. (Eine Nachricht.) Um den 20 Millionen Mark betragenden Bedarf der Stadt Stuttgart für die Aufbesserung der Beamtengehälter und Löhne der städtischen Arbeiter decken zu können, werden verschiedene Steuervorschläge gemacht. Einer sieht die Einführung einer Nachsteuer vor. Güste, die über die festgesetzte Polizeistunde hinaus in Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffees, sowie in Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden, verweilen, haben eine Nachsteuer zu bezahlen, die für jede Person beträgt: für die erste Stunde über die allgemeine Polizeistunde 5 M, für die zweite Stunde 8 M, für jede weitere Stunde 10 M.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Newyork, 21. Sept. Die Reichsmark wurde heute um 1 vormittags (nach der „Frankf. Ztg.“) mit 0,22 Cents (gestriger Schluss 0,22 Cents) genannt. Das entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von 108,76.

Neue Reichsmünzen.

Im August wurden in deutschen Münzstätten geprägt: Für 1575 733 M. Fünfpfennigstücke aus Eisen, für 2582 147 M. Zehn-pfennigstücke aus Zink und für 16 762 835 M. Fünfpfennigstücke aus Aluminium.

Die gefälschten 50 Mark-Scheine.

Die von den Gebr. August und Emil Simon in Donaueschingen hergestellten falschen Fünzigmarkscheine mit dem Datum vom 24. Juni 1919 sind aus der Reihe 1 mit den Buchstaben links unten LD. Die Fälschung ist besonders an dem Frauenkopf erkennlich, da derselbe stark schraffiert ist, auch die 5 Sterne um den Kopf sind etwas dunkler. Die rote Fälschung auf der oberen und unteren Rückseite ist mit Tinte nachgemacht.

Der Zuckerrwirtschaftsvertrag.

Der zwischen dem Verein der deutschen Zuckerindustrie und den einzelnen Zuckerraffinerien abgeschlossene Zuckerrwirtschaftsvertrag ist in Kraft gesetzt worden, er bezweckt, die noch aus der Betriebszeit 1920/21 vorhandenen Vorräte schnell in Verkehr zu bringen, das Verbot der Ein- und Ausfuhr aufrechtzuerhalten und einen ausreichenden Zollschutz anzustreben. Die Preisfestsetzung für Verbrauchs-zucker wird bekannt gegeben, sobald die Zuckerrwirtschaftsstelle endgültig Beschluß gefaßt hat, und zwar in allerhöchster Zeit.

Märkte.

Pferde und Vieh.

(S.W.) Munderkingen, 23. Sept. Auf dem Jahrmarkt, der gut besahren war, wurden 13 Pferde im Preis von 3-20 000 M., 38 Färren zu 2100-7000 M., 9 Ochsen zu 5400-9000 M., 17 Kühe zu 3000-7500 M., 48 Kalbinnen zu 4300-12 000 M. und 43 Jungkinder zu 1400-3800 M. verkauft. Milchschweine kosteten 100-400 M. das Stück. Von letzteren waren 678 Stück zugeführt. Der Verkauf war lebhaft. Der Gesamtumsatz des Marktes belief sich auf über eine Million Mark.

(S.W.) Dohringen, 23. Sept. (Viehmarkt.) Der hiesige Viehmarkt war gut besahren, der Handel aber nicht besonders lebhaft. Ochsen kosteten 8500-11 000 M., Kühe 6000-10 000 M., Kalbinnen 7000-9000 M., Jungvieh je nach Alter 2000-6000 M.

(S.W.) Badnang, 23. Sept. Der Viehmarkt war mit 175 Stück Groß- und Kleinvieh besahren. Handel und Verkauf ziemlich lebhaft. Färren kosteten 5200-7000 M., ein Paar Ochsen 16 000 bis 30 000 M., eine Kuh 3600-8500 M., eine Kalbin bis 6400 Mark. Der Durchschnittspreis für Schlachtvieh nach dem Gewicht betrug 14 M. das Kilogramm. Auf dem Schweinemarkt wurden für Käufer 410-540 M., für ein Paar Milchschweine 420-480 M. bezahlt.

(S.W.) Oberstfeld, O. A. Marbach, 23. Sept. (Schweinemarkt.) Auf dem Schweinemarkt wurden 52 Milchschweine zu 100-275 M. das Stück verkauft. Der Preisrückgang ist darauf zu-

rückzuführen, daß es den Bandwirten an Kartoffeln fehlt, sodaß sie heuer nur noch ein Schwein für den eigenen Haushalt mähen.

Dst.

(S.W.) Winnenden, 23. Sept. Dem Obstmarkt waren 213 Säcke Mostobst zugeführt, der Zentner kostete 85-95 M., Tafelobst 110-130 M. — Der neu aufgemachte Fruchtmarkt war sehr schwach besahren. Es wurden 4 Zentner Dinkel zu je 230 M. und 14 Str. Haber zu 170 M. abgesetzt. — Auf dem Schweinemarkt kosteten Milchschweine 200-300 M. das Stück.

(S.W.) Reutlingen, 23. Sept. (Mostobstpreis.) Auf dem hiesigen Bahnhof kam italienisches Mostobst zum Verkauf, der Zentner zu 95 M. Einheimisches Obst auf dem Markt wurde zu 95 bis 115 M. bezahlt.

(S.W.) Mergentheim, 23. Sept. (Obstversteigerung.) Bei der Versteigerung des städtischen Obsttrags wurden ca. 35 000 Mark Erlöst. Der Ertrag wird auf etwa 450 Zentner geschätzt. Der Zentner kam durchschnittlich auf 80-90 M. zu stehen.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. B. W. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Döschl'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklametext.



Neue Hüte.

Die Hutfrage ist für Frauen stets ein schwer zu lösendes Problem. Gerade die Hüte sind nämlich noch immer sehr teuer, selbst ungaranierte Hutformen kosten viel Geld und manche Hausfrau wird kummervoll ihren vorjährigen Hut betrachten, der gar nicht mehr modern ist. Ja, meine Damen, warum so viel Kopfschmerzen? Man kann ohne große Kosten einen Hut selbst herstellen, wenn man einen richtigen Schnitt mit der nötigen Anweisung zur Verfügung hat. Ein Stück Stoff findet sich ja wohl noch bei jedem, wenn man nicht einfach den alten Hut zerrennt und das Material sorgsam aufgedämpft verwendet. Die neuen Hüte sind meist glatt gehalten und neigen sich seitlich etwas herab. Die Hüte sind nämlich groß, besser gesagt breit, denn die Krempe ist vorn und besonders hinten ziemlich kurz gehalten und labet nur seitlich breit aus. Selbst Hüte mit aufgerolltem Rand, sogenannte Bretons, betonen diese Linie, die bei den ebenfalls sehr beliebten Zweispitzen ja selbstverständlich ist. Daneben gibt es allerhand kleinere Hüte, auch stark glatt gearbeitet, rückwärts knapp am Kopf anliegend, meist in der beliebtesten Kappenform. Immer aber, ob bei kleinen oder großen Fassons, ist der Kopf weich gearbeitet.

Man kann ihn nach Belieben einbügeln oder in weiche Falten legen. Meist wird er so getupft, daß er vorn höher wie rückwärts erscheint. Auch die Garnitur verfolgt diese Linie. Meist sind es Rosetten aus Band oder Blumen aus Seide, Federmotive, die in Büffeln nebeneinander gestellt vorn zu beträchtlicher Höhe ansteigen. Dann wieder liegen sie seitwärts auf dem Rand oder finden sich flach garniert auf der hinteren Krempe des Hutes. Von dieser rückwärtigen Garnitur wird man im Laufe des Winters noch viel hören und sehen. Besonders einzelne Federrosen, Straußfederplatten frisiert, d. h. geträufelt oder glatt, öfter noch glyzeriniert, also durch eine Glycerinlösung gezogen und steif gemacht, spielen eine große Rolle. Man setzt die Hüte alle sehr tief auf den Kopf, so daß der vordere Innenrand fast mit den Augenbrauen abschließt.

Anna P. Wedekind.



A 483. Samthut mit rückwärtiger Bandgarnitur. Unrein - Schnittmuster - Kleingehalt mit genauer Beschreibung hierzu erhältlich.

A 484. Kleiner Glodenhut mit Pelzlopp in Kappenform. Unrein - Schnittmuster - Kleingehalt mit genauer Beschreibung hierzu erhältlich.

Ullstein-Schnittmuster Zu beziehen durch Fr. Häubler, Buchhandlung Calw.

Neubulach.
Die auf Mittwoch ausgeschriebene **Versteigerung einer Mofsterei findet nicht statt.**
Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw: Ohngemach
Spar- und Consum-Verein Calw.
Die **Auszahlung d. Rückvergütung für die Calwer Mitglieder erfolgt Dienstag, 27. und Mittwoch, 28. September, je nachmittags von 2 Uhr an im Geschäftszimmer 1 Treppe hoch.**
Die Mitgliederbücher sind mitzubringen.
Sammelt unverderbl. Lebensmittel für Oberschlesien.

Sämtliche **Bürstenwaren in bester Qualität** empfiehlt August Schaufelberger, im Zwinger.

Mädchen nicht unter 18 Jahren, das gerne häusliche Arbeiten versteht und sich im Kochen etc. Kenntnisse erwerben will, wird sofort oder später aufgenommen gegen guten Gehalt. **J. Emrich, Mählacker.**
Ich suche für sofort oder später ein **Mädchen**, welches mein Haushalt selbstständig besorgt. Gute Bezahlung.
Frau Ernst Schall.

Spar- und Vorschussbank Calw, eingetragene Genossenschaft m. h. H. erledigt für jedermann gewissenhaft und zu günstigen Bedingungen sämtliche bankgeschäftlichen Angelegenheiten, so die **Verzinsung von Bareinlagen.** — Annahme von Spargeldern zu 5%. — An- und Verkauf von Wertpapieren. — Gewährung von Crediten an Mitglieder. — Verwaltung von Wertpapieren.

Xaver Herberger, Dilling Fernspr. Nr. 13 bei München
Delmühle und Flachsveredelungsanstalt übernimmt jederzeit Stroh, Röhrl- u. ausgearbeit. Flach, Hanf, Werg sowie Desfrüchte.
im Austausch gegen sämtliche Leinen- u. Baumwollwaren. Ferner beste Verarbeitung von Flach u. Werg im Lohn zu schweren u. feinen, rohen u. gebleichten Leinen, leinenen Handtüchern, lein. Bett- u. Tischzeugen u. lein. Sackzwilchen.
Ferner Ankauf gegen bar von Stroh- u. Röhrlflachs zu den höchsten Tagespreisen, bei größeren Mengen persönliche Nebnahme. — Vorteile: Feinko Rücklieferung der Lohn- und Umtauschware bereits innerhalb 3 Wochen. Muster liegen auf bei Sam. Seeger (Inh. Maria Seeger) Gemischtwaren in Neumetter.

Suche
2000 la Deckreis (Bund)
500 prima Weißtannen
2-5 Meter Höhe.
Kunstgärtnerei Ernst, Stuttgart, Rotebühlstraße 44.

Empfehle schöne **weiße und graue Bett-Edern.** Im Auftrag habe ich **Mk. 8000** auf l. Sicherheit aus-zuleihen.
Franz Mann, Kronengasse 106. Carl Reichert, Agentengeschäft, mittlere Brücke.

Hirsau, den 24. September 1921.
Dankagung.

Anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Vaters
Friedrich Kalschreuter
haben wir überaus viel rührende Teilnahme an unserem unersehlichen Verluste erfahren dürfen. Allen Freunden und Bekannten, den Herren Vertretern der Akademischen Sängerschaft „Follern“, sowie den Herren Kameraden des Militärvereins Hirsau-Odenbronn, sagen für die reichlichen Blumenpenden und die Begleitung zur letzten Ruhestätte herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Der spart am falschen Platze
der noch der Ansicht ist, ohne Anzeigenreklame auszukommen. Gerade der beste Verkäufer ist die Anzeige in der Tageszeitung. Sie raubt keine Zeit, keine Geduld, sie wirkt aber.
Für die noch brach daliegenden u. im Herbst eingehenden Gelder empfehlen wir:
als günstige Kapitalanlage:
4 1/2 % u. 5 % ige erstklassige hypothekarisch sichergestellte **Industrie-Obligationen.**
Spar- u. Vorschussbank Calw.
Ostertag
Kassenschränke
Mauerschränke
Vertreter für die Oberämter Calw u. Nagold:
Georg Köbele, Nagold.

Nr. 225.
Englische Eine au London, 26. S. Dundee aus Engl halten und es für kräfte nicht verjid den britischen Do Schwierigkeiten de ein friedliches Zu nen besetzen. Es nen, von denen je die Sicherheit der witen Englands, fast Europas wie sammenarbeiten d Japans, um neue den Frieden des Großbritannien h kommen dieser Ko in unbedingter E Das Zusammenw würde niemals zu land auf Kosten E nur dadurch, daß mer noch sein Fre England die Bezie die es in die Lage Frankreich beslehe tige gemeinsame denen nicht eine ei feinen früheren H gewinnen wolle. liche Zukunft im par See Einhalt g läßt mit Japan E nehmen zwischen h handgebracht wer sen und gegenseitig e hege große Hoff Konterenz bedeute Staaten in die W Weltpolitik. **Hebende des e** Paris, 26. Sep tzung begonnen. malige Finanzmin das gemeinsame H ein intattes Deutl erten Frankreichs und den Ruin vor eine militärische N hallen fortschritten sich erwürben, je Friedensvertrag w Ranges auf die d geführt geblieben Wunsch nach einer gen. Wenn man mit dem man den wärdt hätte, den würde Frankreich ren. — Im Depa nart, der französi zum Vorstehenden g warten dürfen, da Deutschland die fr gingen würde. A reiche sei nicht an und dies sei von T Die militärische E nalen hätte vollenk lang der Kriegsbej parodie gegeben. treit des Obersten Magle, daß Frankr können Nutzen gezo tag von Versailles wellen des Deutj